

Arbeitsstrafrecht

Petri

3. Auflage 2021
ISBN 978-3-406-75195-0
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Strafverteidigerpraxis
Schriftenreihe für den Verteidiger

Herausgegeben von

Dr. Klaus Leipold
Rechtsanwalt in München

Prof. Dr. Gunter Widmaier †
Rechtsanwalt in Karlsruhe

Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Volk
o. Professor, Universität München

Dr. Stephan Beukelmann
Rechtsanwalt in München


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Arbeitsstrafrecht

von

Dirk Petri

Rechtsanwalt
Fachanwalt für Strafrecht
Fachanwalt für Steuerrecht
Köln

3. Auflage 2021

des von Rainer Brüssow und Dirk Petri
begründeten und in der 3. Auflage von Dirk Petri
fortgeführten Werks

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitervorschlag: *Petri ArbStrafR A Rn. ...*

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 75195 0

© 2021 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Satz: Uhl + Massopust, Aalen
Umschlaggestaltung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 3. Auflage

Das Arbeitsstrafrecht ist zwischenzeitlich als ebenso originäres wie prominentes, vor allem dynamisches Arbeitsgebiet etabliert, sei es als Teil des Wirtschafts- und Steuerstrafrechts, sei es in deren direkter Nachbarschaft. Jedenfalls: Das Arbeitsstrafrecht hat Konjunktur. Die Covid-19 bedingten ad-hoc-Gesetze tangierten es nicht unerheblich. Die Schnelllebigkeit verdeutlichen auch die umfassenden gesetzgeberischen Änderungen im AÜG und dem SchwarzArbG. Hinzu kommt, dass die Rechtsprechung in jüngster Zeit, insbesondere im Hinblick auf § 266a StGB, aus Verteidigersicht fast schon progressive Wege beschritten hat.

Nicht zuletzt die positiven Rezensionen zur 2. Auflage, die Marktakzeptanz und die erfreulichen Rückmeldungen von Kollegen wie vom Verlag haben mich darin bestärkt, gut vier Jahre nach der 2. Auflage nunmehr die 3. Auflage vorzulegen. Die Aktualität hat eine umfassende Überarbeitung und Ergänzung verlangt. Neben den unterschiedlichen Disziplinen und überschneidenden Rechtsgebieten des Arbeits-, Sozial-, Steuer- und allgemeinen Strafrechts legt das Werk weiterhin ein verstärktes Augenmerk auf die haftungsvermeidende Beratung von Unternehmen unter dem Stichwort „Compliance“. Sie wird zusätzliche Bedeutung erlangen, falls das Verbandssanktionengesetz in Kraft tritt. Der Entwurf sieht präventive Compliance als Milderungsgrund vor und misst ihrem repressiven Pendant, den „Internal Investigations“ unter Umständen die Kraft zu, den abstrakten Sanktionsrahmen zu halbieren. Die proaktive Vermeidung von Rechtsverstößen ist auch im Hinblick auf außerstrafrechtliche Rechtsfolgen geboten.

Mein Dank gilt dem Verlag C.H. Beck für die gute Zusammenarbeit. Und insbesondere meiner Lektorin. Ganz besonders möchte ich mich bei meiner Frau für ihre Akzeptanz bedanken, noch weniger Freizeit mit mir zu verbringen.

Abschließend gedenke ich dem Kollegen Rainer Brüssow. Dieser ist Ende 2017 leider viel zu früh verstorben. Mit ihm habe ich dieses Werk begründet und bis zum Erscheinen der 2. Auflage 2016 mit viel Freude und Elan vorangebracht.

Causa finita! Über Anmerkungen und Anregungen zur 3. Auflage freue ich mich – bitte an dp@verte.net.

Köln, im November 2020

Rechtsanwalt Dirk Petri

Vorwort zur 1. Auflage

Das Arbeitsstrafrecht hat in der Vergangenheit in der Kommentarliteratur ein „Mauerblümchen-Dasein“ geführt. Dies ist auch aus dem Grunde überraschend, dass die Arbeit für die menschliche Daseinsfürsorge von überragender Bedeutung ist. Die Entwicklung der Arbeit zum knappen Gut sowie die Europäisierung und Internationalisierung des Arbeitsrechts haben dazu geführt, dass sowohl von Seiten der Arbeitgeber, als auch von Seiten der Arbeitnehmer der Kampf um ihre „Interessen“ härter geworden ist.

Straftaten im Zusammenhang mit dem Arbeitsplatz haben in der Vergangenheit in der Berichterstattung der Medien nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Über Prozesse, die das Arbeitsstrafrecht betrafen, wurde nur ausnahmsweise berichtet. Die Berichterstattung hat sich in neuester Zeit schlagartig vollkommen verändert durch Presseberichte über Vergnügungsreisen von Betriebsräten, in der sog. VW-Affäre, sowie über unzulässige Finanzierungen von Arbeitnehmervertretungen in der sog. Siemens-Affäre. Das Arbeitsstrafrecht wird wieder in der Öffentlichkeit wahrgenommen.

Das Arbeitsstrafrecht hat vielfache Verknüpfungen zu anderen Rechtsgebieten, die dem Strafverteidiger in seiner täglichen Praxis eher fremd sind. So hat die Befassung mit diesem Rechtsgebiet viele fachliche Bezüge zu arbeits-, sozial-, verwaltungs- und dienstrechtlichen Vorschriften.

Die Beschäftigung mit den einschlägigen Vorschriften des Arbeitsstrafrechts wird weiter dadurch erschwert, dass bereits die Fundstellen der Gesetznormen nicht wie in dem Kernbereich des Strafrechts in einem Gesetzeswerk, sondern in einer Vielzahl von Gesetzessammlungen verstreut sind.

Die nachfolgenden Ausführungen sollen einen Überblick über die einschlägigen Vorschriften geben.

Wegen der Fülle der zu behandelnden Vorschriften wurde davon abgesehen, Straftatbestände, wie z.B. die Untreue oder die Korruptionsvorschriften, die auch im Arbeitsstrafrecht eine wesentliche Rolle spielen, zu kommentieren, weil dies ausführlich in allen Standardkommentaren und Lehrbüchern erfolgt.

Obwohl das Buch allen Juristen, die sich mit dem Arbeitsstrafrecht beschäftigen, einen Überblick über alle wichtigen Vorschriften des Arbeitsstrafrechtes und die sich daraus ergebenden Fragestellungen geben will, war die Konzeption des Werkes von vornherein nicht – wie andere Kommentierungen – darauf ausgerichtet, sämtliche auch nur theoretisch denkbaren Vorschriften des Arbeitsstrafrechtes zu kommentieren.

Vielmehr soll das Werk insbesondere dem Strafverteidiger eine Hilfe zur Bewältigung der täglichen Arbeit sein. Es soll aber auch den von dem Unternehmen hinzugezogenen Berater dabei unterstützen, dem Auftraggeber sachgerecht beizustehen, wenn es um die Vermeidung oder die Aufdeckung von Straftaten geht. Deshalb sind in den einzelnen Kapiteln auch verteidigungstaktische und verteidigungsstrategische Überlegungen gesondert hervorgehoben.

Vorwort zur 1. Auflage

Neben den Essentials einer Verteidigung im Arbeitsstrafrecht und der Kommentierung der Normen des Strafgesetzbuches, der strafrechtlichen Nebengesetze und der Ordnungswidrigkeitenvorschriften werden auch das Mobbing und dessen strafrechtliche Auswirkungen, das Steuer-, Steuerstrafrecht und die Beitrags hinterziehung sowie die für Unternehmen wichtige Frage der Kostentragung von Geldstrafen, Geldbußen, Geldauflagen und der Verteidigerkosten für ihre Mitarbeiter kommentiert.

Unser Dank gilt Frau Rechtsanwältin Claudia Lenné, die sowohl bei der Konzeption des Werkes als auch der Kommentierung wesentlich zum Gelingen des Werkes beigetragen hat.

Für konstruktive Kritik, Hinweise und Anregungen sind wir dankbar.

Rechtsprechung und Literatur konnten bis Ende Juli 2007 berücksichtigt werden.

Köln, im Oktober 2007

*Rainer Brüssow
Dirk Petri*


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXV
A. Einleitung	1
B. Essentialia einer Verteidigung im Arbeitsstrafrecht	17
C. Materielles Arbeitsstrafrecht – Normen des Strafgesetzbuches	68
D. In Nebengesetzen normierte Straf- und Ordnungswidrigkeitentatbestände	139
E. Verkehrsrecht	267
F. Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen als Sozialdaten	274
G. Steuerrechtliche Auswirkungen	283
H. Kostentragung	299
I. Auswirkungen des Arbeitsstrafverfahrens auf das Zivil- und insbesondere das Arbeitsrecht	313
J. Auswirkungen des Arbeitsstrafrechts auf öffentlich-rechtliche Fragen	319
K. Sonstige mögliche Begleiterscheinungen eines Arbeitsstrafverfahrens	334
Stichwortverzeichnis	337



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXV

A. Einleitung 1

I. Vorbemerkung und praktische Bedeutung 1

II. Begriff und Inhalt des Arbeitsstrafrechts 2

1. Begriff des Arbeitsstrafrechts 2
2. Präjudizierende Wirkung des Arbeitsrechts für das Arbeitsstrafrecht 4
3. Allgemeine Grundlagen im Bereich des Arbeitsstrafrechts 4
 - a) Unbestimmtheit der Rechtsbegriffe 4
 - aa) Der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbegriff im Arbeitsrecht 4
 - bb) Der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbegriff im Sozialversicherungs- und (Lohn)Steuerrecht 6
 - cc) Der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbegriff im Straf- und Bußgeldrecht 8
 - b) Die Differenzierung der möglichen Beschäftigungsformen und ihre Behandlung nach dem Arbeits- und Sozialversicherungsrecht 9
 - c) Unbestimmtheit der Rechtsgüter 10
 - d) Tendenz zum unbegrenzten Verdacht 10
 - e) Die (noch) fehlende Straffähigkeit juristischer Personen 10

III. Entwicklung und Bedeutung des Arbeitsstrafrechts in der Praxis 11

1. Die geschichtliche Entwicklung des Arbeitsstrafrechts 11
2. Das Arbeitsstrafrecht der Gegenwart 11
3. Das Unternehmensstrafrecht de lege ferenda 12
 - a) Bislang eingebrachte Reformvorschläge 13
 - b) Entwurf zum Verbandssanktionengesetz (VerSanG) 15

B. Essentialia einer Verteidigung im Arbeitsstrafrecht 17

I. Wesen und Inhalt des Mandats 17

1. Vertretung des Arbeitgebers 17
2. Vertretung des Arbeitnehmers 18
3. Vertretung eines Beamten 21
4. Die Rechtsabteilung im Unternehmen 23
 - a) Die Rechtsabteilung 23
 - b) Der Syndikusanwalt 29
5. Strafanzeige, Strafantragserfordernis und Akteneinsicht 31

II. Prozessuale und materielle Voraussetzungen 33

1. Haftungserweiterungen gem. § 14 StGB 33
 - a) Vertretung, § 14 Abs. 1 StGB 34

Inhaltsverzeichnis

b) Beauftragung, § 14 Abs. 2 StGB	37
c) Verantwortlichkeit des Vertretenen oder Auftraggebers	39
d) Faktische Vertretungs-/Beauftragungsverhältnisse	39
e) Faktische Geschäftsführung	40
2. Ordnungswidrigkeitenverfahren	41
a) § 9 OWiG – Die erweiterte Haftung des Vertreters	41
b) § 30 OWiG – Geldbuße gegen juristische Personen und Personenvereinigungen	41
c) § 130 OWiG – Verletzung der Aufsichtspflicht in Betrieben und Unternehmen	46
d) § 14 OWiG – Die Beteiligung an einer Ordnungswidrigkeit	49
e) Das Verhältnis zwischen Staatsanwaltschaft und Verwaltungsbehörde	50
3. Auswirkungen auf das Arbeitsverhältnis	51
4. Verfolgungsverjährung	54
a) Verfolgungsverjährung im Strafrecht	54
b) Verfolgungsverjährung von Ordnungswidrigkeiten nach §§ 31 ff. OWiG	55
5. Vermögensabschöpfung/Einziehung §§ 73 ff. StGB, § 29a OWiG	56
a) Die Einziehung von Taterträgen gem. §§ 73 ff. StGB	56
b) Die Einziehung des Wertes von Taterträgen gem. § 29a OWiG	62
6. Zuständigkeit der Wirtschaftsstrafkammern nach § 74c Abs. 1 Nr. 6 GVG	64
7. Durchsuchung bzw. drohende Durchsuchung	65
8. Zeugnis- und Auskunftsverweigerungsrecht	66
C. Materielles Arbeitsstrafrecht – Normen des Strafgesetzbuches	68
I. § 266a StGB – Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt	68
1. Allgemeines	68
2. Schutzzweck der Norm – Entsendung	71
3. Täterschaft	72
4. Tathandlung	75
a) Tathandlung des § 266a Abs. 1 StGB	75
b) Tathandlung des § 266a Abs. 2 StGB	86
c) Tathandlung des § 266a Abs. 3 StGB	87
d) Besonders schwere Fälle des § 266a Abs. 4 StGB	88
5. Subjektiver Tatbestand und Fehlvorstellungen	89
6. Rechtfertigungsgründe	91
7. Strafbefreiende Selbstanzeige, § 266a Abs. 6 StGB	91
8. Verjährung	93
9. Konkurrenzen	95
10. Rechtsfolgen, Nebenfolgen, Einstellung	97
11. Annex: Kurzarbeitergeldverordnung (KugV)	100
a) Subventionsbetrug, § 264 StGB	102
b) Betrug, § 263 StGB	104
c) § 370 AO, § 266a StGB	106
d) § 240 StGB	106
e) Beihilfehandlungen der Arbeitnehmer, § 27 StGB	107
II. § 201a StGB – Datenschutzstrafrecht und die Mitarbeiter- überwachung	108
1. Allgemeines	108

2. Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs	109
a) § 201a StGB	109
b) Strafbarkeit nach DSGVO / BDSG	115
aa) Strafbarkeit gem. § 42 BDSG nF	115
bb) Ordnungswidrigkeitstatbestand des Art. 83 Abs. 5 lit. a iVm Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO	117
cc) Grenzen der Zulässigkeit	118
3. Kontrolle digitaler Medien, Telefon und Post	122
a) Internet- und E-Mailkontrolle	122
b) Telefonkontrolle	125
c) Postkontrolle	125
d) Zivilprozessuale Folgen	126
III. § 291 Abs. 1 Nr. 3 StGB – Lohnwucher	126
1. Schutzzweck	127
2. Tatbestand	127
3. Besonders schwere Fälle nach § 291 Abs. 2 StGB	131
IV. § 233 StGB – Ausbeutung der Arbeitskraft	132
1. Einleitung	132
2. Der Tatbestand des § 233 StGB	134
3. Qualifikationen/minder schwere Fälle/Vorschubleisten	137
4. Konkurrenzen	138
D. In Nebengesetzen normierte Straf- und Ordnungswidrigkeitens- tatbestände	139
I. Arbeitsschutzgesetz	139
1. Zivilrechtliche Vorfragen und Unfallverhütungsvorschriften	139
2. Ordnungswidrigkeiten nach dem ArbSchG	145
a) Vorbemerkung	145
b) § 25 ArbSchG	145
3. Straftaten nach dem ArbSchG	146
4. Überwachung des Arbeitsschutzes	147
5. Beschwerderecht des Arbeitnehmers	150
6. Arbeitsschutzverordnungen	150
II. Arbeitszeitgesetz	153
1. Arbeitszeit	153
2. Bußgeldvorschriften des ArbZG	154
a) Der Tatbestand des § 22 ArbZG	154
aa) Beschäftigung über die Grenzen zulässiger Arbeitszeiten hinaus, § 22 Abs. 1 Nr. 1 ArbZG	154
bb) Nichtgewährung, verspätete und verkürzte Gewährung von Ruhepausen, § 22 Abs. 1 Nr. 2 ArbZG	156
cc) Nichtgewährung von Ruhezeiten, nicht gewährter oder verspätet gewährter Ausgleich von Ruhezeiten, § 22 Abs. 1 Nr. 3 ArbZG	157
dd) Zuwiderhandlung gegen Rechtsverordnungen, § 22 Abs. 1 Nr. 4 ArbZG	158
ee) Beschäftigung an Sonn- und Feiertagen, 22 Abs. 1 Nr. 5 ArbZG	158
ff) Beschäftigung an allen Sonntagen, Nichtgewährung oder verspätete Gewährung von Ersatzruhetagen, § 22 Abs. 1 Nr. 6 ArbZG	159

Inhaltsverzeichnis

gg) Zuwiderhandeln gegen eine vollziehbare Anordnung, § 22 Abs. 1 Nr. 7 ArbZG	159
hh) Nichtvornahme eines Aushanges, § 22 Abs. 1 Nr. 8 ArbZG	160
(1) Nichterstellung von Aufzeichnungen, § 22 Abs. 1 Nr. 9 ArbZG	160
(2) Nicht oder nicht vollständig erteilte Auskünfte, § 22 Abs. 1 Nr. 10 ArbZG	160
b) Geldbuße	161
3. Straftatbestand des § 23 ArbZG	162
a) Vorsätzliche Begehung und Gefährdung der Gesundheit oder Arbeitskraft des Arbeitnehmers, § 23 Abs. 1 Nr. 1 ArbZG	162
b) Beharrliches Wiederholen, § 23 Abs. 1 Nr. 2 ArbZG	162
III. Beschäftigungsspezifischer Arbeitsschutz	163
1. Mutterschutzgesetz (MuSchG)	163
a) Strafvorschriften nach § 33 MuSchG	163
b) Ordnungswidrigkeiten nach § 32 MuSchG	165
c) Kündigungsverbot, § 17 MuSchG	165
2. Jugendarbeitsschutz (JArbSchG)	167
a) Strafvorschriften nach § 58 Abs. 5 und 6 JArbSchG	167
b) Ordnungswidrigkeiten nach dem JArbSchG	168
3. Altersteilzeitgesetz (AltersteilzeitG)	169
4. Heimarbeitsgesetz (HAG)	170
IV. Arbeitsschutzspezifische Fragestellungen des StGB	172
1. Eigenverantwortliche Selbstgefährdung	172
2. Überwachungsgarant Arbeitgeber	175
a) Betriebsbezogene Straftat	175
b) Präventive Maßnahmen	177
c) Repressive Maßnahmen	179
V. Arbeitnehmerüberlassungsgesetz	179
1. Intention des AÜG	179
2. Voraussetzungen der Arbeitnehmerüberlassung	183
a) Erlaubnispflichtige Arbeitnehmerüberlassung	183
b) Abgrenzung zu anderen Vertragsformen	184
3. Versagung und Lohnuntergrenze	188
a) Versagung nach § 3 AÜG	188
b) Lohnuntergrenze nach § 3a AÜG	188
4. Straftatbestände im AÜG	189
a) Gemeinsame Voraussetzungen der §§ 15, 15a AÜG	189
b) § 15 AÜG – Ausländische Leiharbeitnehmer ohne Genehmigung	191
aa) Ausländischer Arbeitnehmer	191
bb) Fehlende Arbeitsgenehmigung	191
cc) Keine Verleiherlaubnis	191
dd) Vorsatz	191
ee) Die Strafschärfung nach Abs. 2	192
ff) Teilnahme	193
c) § 15a AÜG – Der Entleih von Ausländern ohne Genehmigung	193
aa) Beschäftigung unter missbräuchlichen Arbeitsbedingungen	193
bb) § 15a Abs. 2 AÜG	194
cc) Der subjektive Tatbestand	194
5. Ordnungswidrigkeiten und Sanktionen nach § 16 AÜG	194
6. Folgen einer unerlaubten Arbeitnehmerüberlassung	198

VI. Arbeitnehmerentsendegesetz	199
1. Einleitung	199
2. Verfassungsrechtliche Bedenken	202
3. Europarechtliche Bedenken	202
4. Bußgeldtatbestand des § 23 AEntG	204
5. Zuständigkeit und Befugnisse der Behörden, Meldepflichten	205
6. Geldbuße	206
7. Durchgriffshaftung gem. § 14 AEntG	207
8. Folgen der Arbeitsentgeltverstöße	207
9. Annex: § 18 MiArbG (aufgehoben mWv 16.8.2014 durch Art. 14 des Gesetzes v. 11.8.2014 (BGBl. 2014 I 1348))	208
VII. Mindestlohngesetz	209
1. Einleitung	209
2. Anwendungsbereich	210
3. Ordnungswidrigkeiten nach § 21 MiLoG	210
4. Durchgriffshaftung gem. § 13 MiLoG iVm § 14 AEntG	213
5. Prüfungskompetenzen der Zollverwaltung, §§ 14 ff. MiLoG	213
6. Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge und Eintragung in das Wettbewerbsregister	215
VIII. Aufenthaltsgesetz	216
1. Einleitung	216
2. Straftaten nach dem AufenthG	216
a) § 95 AufenthG	216
b) § 96 AufenthG – Einschleusen von Ausländern	219
c) § 97 AufenthG – Einschleusen mit Todesfolge; gewerbs- und bandenmäßiges Einschleusen	222
3. Bußgeldvorschrift § 98 AufenthG	223
4. Annex: AsylG	225
IX. Schwarzarbeitsgesetz	226
1. Die Neufassung des SchwarzArbG	226
2. Straftatbestände der §§ 10, 10a und 11 SchwarzArbG	227
a) Beschäftigung von Ausländern ohne Genehmigung oder Aufenthalts- titel und zu ungünstigen Arbeitsbedingungen, § 10 SchwarzArbG	228
b) Beschäftigung von Ausländern ohne Genehmigung oder ohne Aufent- haltstitel und zu ungünstigen Arbeitsbedingungen, § 10a SchwarzArbG	231
c) Erwerbstätigkeit von Ausländern ohne Genehmigung oder ohne Aufenthaltsstitel in größerem Umfang oder von minderjährigen Aus- ländern, § 11 SchwarzArbG	232
3. Begehung einer Ordnungswidrigkeit nach § 8 SchwarzArbG	233
4. Verfahrensrecht	236
a) Aufgaben der Zollbehörden; Prüfungskompetenzen	236
b) Betreten von Grundstücken und Geschäftsräumen	237
c) Prüfung von Personalien	239
d) Einsichtnahme in Geschäftsunterlagen	239
e) Duldungs- und Mitwirkungspflichten; Zugriffsbefugnisse der Zollverwaltung	240
f) Berücksichtigung von schutzwürdigen Interessen Dritter	244
g) Ermittlungsbefugnisse nach §§ 14, 14a und 14b SchwarzArbG	244
h) Datenbank, §§ 16 – 19 SchwarzArbG	247
i) Auskünfte an Betroffene	248
5. Zivilrechtliche Ansprüche	249

Inhaltsverzeichnis

6. Auftragsperre und Auskunftsverlangen/Eintrag im Korruptions- bzw. Wettbewerbsregister	250
X. Ordnungswidrigkeiten nach dem SGB III	250
XI. Ordnungswidrigkeiten nach dem SGB IV	254
XII. Betriebsverfassungsgesetz	255
1. Einleitung	255
2. § 119 BetrVG – Straftaten gegen Betriebsverfassungsorgane und ihre Mitglieder	256
3. § 120 BetrVG – Verletzung von Geheimnissen	259
4. Die Verletzung der Aufklärungs- und Auskunftspflichten	260
5. Tatbestände des allgemeinen Strafrechts	262
a) Beleidigung und Wahrnehmung berechtigter Interessen (§§ 185 ff., 193 StGB)	262
b) Nötigung und Erpressung (§§ 240, 253 StGB)	262
c) Betrug	264
d) Untreue	264
XIII. Sprecherausschussgesetz	265
1. Straftaten gegen Vertretungsorgane der leitenden Angestellten und ihrer Mitglieder	265
2. Ordnungswidrigkeiten nach § 36 SprAuG	265
XIV. Sonstige Straftat- und Ordnungswidrigkeitstatbestände	266
E. Verkehrsrecht	267
I. Arbeitsrechtliche Vorfragen	267
II. Lenkzeitüberschreitungen und Fahrpersonalgesetz	267
III. Arbeitszeitgrenzen für selbstständige Kraftfahrer	270
IV. Führerscheinkontrolle durch den Arbeitgeber	270
V. Einziehung bei Überladung und Lenkzeitüberschreitung	272
VI. Ladungssicherung und Halterverantwortlichkeit	273
F. Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen als Sozialdaten	274
I. Sozialdatenschutz SGB X	274
1. Sozialdaten	274
2. Anspruchsberechtigung	275
3. Auskunftsverbot	275
4. Erlaubnistatbestände	276
5. Rechtsfolgen	276
a) Straftatbestand § 85 SGB X	276
b) Bußgeldvorschrift § 85a SGB X	277
II. Sozialdatenschutz schwerbehinderter Menschen SGB IX	278
1. Straftatbestand § 237a SGB IX	278
2. Straftatbestände § 237b SGB IX	280
3. Bußgeldvorschrift § 238 SGB IX	281

G. Steuerrechtliche Auswirkungen	283
I. Allgemeine Verfahrensfragen	283
1. Mitteilungspflichten	283
2. Formalisierte Beschuldigteneigenschaft	285
3. Rechtsfolgen einer Verurteilung	285
II. Lohnsteuerhinterziehung	288
III. Lohnsteuerhinterziehung und Schwarzarbeit	291
IV. Steuerstrafrecht und Arbeitnehmerüberlassung	293
1. Lohnsteuerhaftung	293
2. § 370 Abs. 1 Nr. 1 AO	293
3. § 370 Abs. 1 Nr. 2 AO	294
4. § 371 Abs. 2 Nr. 2 AO	294
5. Auslandsbezüge	295
V. Bußgeldvorschrift des § 26a UStG iVm § 14 Abs. 2 UStG	296
VI. Konkurrenzverhältnisse	297
H. Kostentragung	299
I. Die Verwirklichung des § 258 StGB durch die Gewährung von Rechtsschutz	299
II. Die Verwirklichung des § 266 StGB durch die Gewährung von Rechtsschutz	300
III. Fragen bezüglich der Behandlung von übernommenen Kosten der Rechtsverteidigung aus steuerrechtlicher Sicht	303
1. Die Übernahme von Geldsanktionen	303
a) Grundsätzlich steuerpflichtiger Arbeitslohn	304
b) Abzugsfähigkeit beim Arbeitnehmer	305
c) Abzugsfähigkeit beim Arbeitgeber	305
2. Übernahme der Kosten der Verteidigung beim Arbeitnehmer	307
a) Beruflich oder privat bedingtes Fehlverhalten	307
b) Abzugsfähigkeit beim Arbeitnehmer	309
c) Abzugsfähigkeit beim Arbeitgeber	309
3. Übernahme von Geldsanktionen oder Verteidigerhonorar bei Organen bzw. Gesellschaftern	310
I. Auswirkungen des Arbeitsstrafverfahrens auf das Zivil- und insbesondere das Arbeitsrecht	313
I. Schadensersatzansprüche	313
1. Schuldrechtliche Ansprüche	313
2. §§ 823 ff. BGB – Schadensersatzansprüche des Deliktsrechts	314
II. Kündigung, Abmahnung und Freistellung	315
J. Auswirkungen des Arbeitsstrafrechts auf öffentlich-rechtliche Fragen ...	319
I. Ausschlussgrund nach GmbHG und AktG	319
II. Verlust des Beamtenrechts und die Rechtsfolgen	319

III. Eintragung in das Gewerbezentralregister	320
IV. Eintragung in das Korruptionsregister und das Wettbewerbsregister ..	322
V. Rechtsfolge bei Verstößen gegen Vorschriften zur Vermeidung illegaler Beschäftigung – § 21 SchwarzArbG –	323
VI. Der Ausschluss vom Wettbewerb nach § 21 Arbeitnehmer- Entsendegesetz und § 6e EU VOB Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen	326
1. § 21 AEntG	326
2. § 6e EUVOB	327
VII. Die Gewerbeuntersagung wegen Unzuverlässigkeit gem. § 35 Gewerbeordnung (GewO)	328
1. Einleitung	328
2. Die Gewerbeuntersagung	329
a) Ausübung eines Gewerbes	329
b) Die Tatbestandsvoraussetzung der Unzuverlässigkeit	329
c) Die Erforderlichkeit der Gewerbeuntersagung	332
d) Untersagungsverfügung	332
VIII. Sanktionen im Sozialversicherungsrecht	332
IX. Folgen für den Güterkraftverkehr	333
K. Sonstige mögliche Begleiterscheinungen eines Arbeitsstrafverfahrens ...	334
I. Beeinträchtigung des Betriebsfriedens und die Gefahr der Kündigung des Arbeitsverhältnisses	334
II. Drohung mit Strafanzeige zur Durchsetzung von Forderungen gegenüber dem Arbeitgeber	334
III. Die störende und dysfunktionale Wirkung von Arbeitsstrafverfahren	335
1. Die Existenzgefährdung von Betrieben	335
2. Der Verlust qualifizierter Arbeitnehmer	335
Stichwortverzeichnis	337